

Dresdner Volkszeitung

Postkontos: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Postkontos: Gebr. Arnhold, Dresden und Sachl. Staatsbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Kreisstadt und Dresden-Stadt

Abonnementpreis einschließlich Frangierlohn in der 50. Woche vom 8. Dezember bis 4. Dezember 1. Million M., unter Kreuzband für Deutschland die Nummer 210 Milliarden M., Einzelnummer 200 Milliarden M. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet. Grundpreise: die 29 mm breite Nonpareilzeile 30 Pf., die 30 mm breite Neffenzeile 150 Pf., für auswärtige Anzeigen 35 und 200 Pf., Familienanzeigen Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefverbreitung 10 Pf.

Nr. 290

Dresden, Freitag den 14. Dezember 1923

34. Jahrg.

Das Kabinett Fellsch zurückgetreten

Von der deutschdemokratischen Fraktion ist folgender Antrag eingegangen:

Ministerpräsident Fellsch hat die von der deutschdemokratischen Fraktion gestellte Forderung, den Rücktritt des Innenministers Liebmann herbeizuführen, abgelehnt. Deshalb ist die Fraktion nicht mehr in der Lage, das Kabinett Fellsch zu unterstützen. Es wird beantragt, der Landtag solle beschließen: der Ministerpräsident Fellsch und seine Regierung hat nicht das Vertrauen des Landtages.

Darauf gab Ministerpräsident Fellsch folgende Erklärung ab:

„Als die Regierung gebildet und ich mit Hilfe der Demokraten zum Ministerpräsidenten gewählt wurde, habe ich gesagt, daß in dem Augenblick, wo das Kabinett nicht mehr das Vertrauen des Landtages genießt, eine Neubildung des Kabinetts zur Notwendigkeit wird. Dieser Augenblick ist jetzt eingetreten. Ich erkläre deshalb im Namen des Kabinetts den Rücktritt der Regierung und lege mein Amt in die Hände des Landtages zurück. Bis zur Neubildung der Regierung werden die bisherigen Minister ihre Geschäfte weiterführen.“

Mit der obigen Entscheidung, die uns bei Abstimmungen zwingt, wird ein Wirbelsystem von Anträgen erledigt. Und alle gingen sie auf den Sturz der sozialdemokratischen Regierung aus. Man sage künftig nicht mehr, daß der sächsische Landtag unproduktiv sei oder kein geistiges Niveau habe. Die Deutschnationalen beantragten, dem Minister Liebmann das Ministerium auszusprechen. Die Kommunisten brachten heute vormittag noch rasch einen Antrag gegen das ganze Kabinett ein. Die Deutsche Volkspartei, die Partei der Intelligenz, der Weisheit und der unbegrenzten politischen Weisheit, hatte es ganz klug angeordnet, indem sie einen Antrag fabrizierte, der dem Minister Fellsch das Vertrauen des Landtages ausdrückt. Sie nahm an, daß für diesen Antrag im günstigsten Falle Demokraten und Sozialdemokraten, also 48 Abgeordnete, stimmen könnten, daß aber ein Antrag mit 48 gegen 48 Stimmen nicht angenommen ist. Die Demokraten jedoch zogen es vor, die antisozialdemokratische Front von den Deutschnationalen bis zu den Kommunisten lückenlos zu gestalten und reichten sich dem buntschweifigen Sturm mit ihrem Antrag noch in letzter Stunde ein.

Damit war jüdisch flare Bahn geschaffen, das heißt, das Kabinett Fellsch hat im Landtag fürder keine Mehrheit mehr. Was nun? Es bleiben drei Wege: Zusammengehen mit den Kommunisten, Koalition mit den Demokraten oder Neuwahlen. Die Demokraten haben schon mehrfach jart mit dem Jounspital angedeutet, daß sie für die Unterstützung der sozialdemokratischen Regierung entsprechende Konzessionen fordern. Und die Konzession, die sie am brennendsten ersehnen, ist der Eintritt in die Regierung. Wir nehmen das den Demokraten nicht übel. Wir können ihre Sehnsucht vom politischen wie vom parlamentarischen Standpunkt aus sehr gut verstehen. Die Frage bleibt nur, ob sich diese Sehnsucht verwirklichen läßt! Selbst wenn die Demokraten sich in Sachen als wirkliche Demokraten gezeigt, wenn sie in allen Wahlen der letzten Jahre sich derart republikanisch und freiheitlich gebärdet hätten, wie sie sich oft reaktionär gebärdeten, das heißt also: selbst wenn es uns die leider recht unbedemmerliche Weisheit der 48 Reichstagen möglich machte, mit ihnen wieder eine sächsische Regierungsgemeinschaft einzugehen, so bliebe als stiller Teilhaber dieser Koalition immer die große karlistische Volkspartei im Hintergrunde. Wie sich die Verhältnisse in Sachen nun einmal zugefügt, wie sich die Gegensätze zwischen Sozialdemokratie und bürgerlichen Parteien verwickelt haben, ist eine solche Patenschaft für das sächsische Volk, das in zwei Landtagswahlen eine sozialistische Mehrheit ins Parlament schickte, nicht gut trogbar.

So muß denn die Frage, ob künftig noch eine sozialdemokratische Regierung mit Unterstützung der Kommunisten möglich ist, erneut geprüft werden. Nach ihrem neuesten Streich scheint uns, daß die Kommunisten aus den jüngsten Ereignissen nicht genügend gelernt haben, als daß ihnen ohne weiteres einlautebe, was gegenwärtig für eine proletarische Partei selbstverständlich sein sollte: Unterstützung eines auf dem Boden der Verfassung, des Rechts und der Demokratie stehenden sozialdemokratischen Kabinetts. Scheitert diese natürlichste aller Lösungen an der Unvernunft der kommunistischen Führer und bringen die kommunistischen Anhänger nicht genug Kraft auf, um ihre Führer zur Vernunft zu zwingen, so dürfte uns die weitere Entwicklung der Dinge in Sachen der Neuwahlen stellen.

Es scheint, daß die bürgerlichen Parteien darauf losfahren. Wir Sozialdemokraten haben sie nicht provoziert, weil Neuwahlen einem Volke immer beträchtliche Summen kosten

und weil ja die sächsische Bevölkerung erst am 9. November vorigen Jahres entschieden hat. Aber ganz wie die bürgerlichen Parteien wollen! Wir gehen einer Wahlentscheidung nicht aus dem Wege, wenn's verlangt wird. Unser Wahlmaterial hat sich dank der Bergewaltungen, die unterm Ausnahmezustand am sächsischen und thüringischen Volke begangen wurden, derart getürmt, daß ein Wahlkampf allerhand Erleichterungen bringen könnte. Die willkürliche Art, mit der General Müller in die Befugnisse der vom sächsischen Volke bestellten Regierung eingreift, wie er Beamte absetzt, denen nichts als ihre sozialdemokratische und republikanische Gesinnung vorgeordnet werden kann, die Art, wie der beinahe zweitägige sächsische Reichskommissar Dr. Feinze absehbend in den Staatsapparat eingriff, dies alles ist für das sächsische Volk so bildhaft, lehrreich, überzeugend, daß sich allerhand Flugblätter für uns erübrigen. Gegenüber dieser gewaltmächtigen Beamtenpolitik war die sozialdemokratische Regierung geradezu jähhaft vorsichtig und gewissenhaft. Gedenkt man dazu der Loten und Verwundeten von Birna, Weissen, Freiberg, Großenhain usw., der brutalen Mißhandlungen, die Teile der Bevölkerung durch Reichswehr erdulden mußten, gedenkt man der ganzen unerbittlichen Schandpolitik, die sich in Sachen wochenlang etablierte und noch immer möglich ist, so wird auch der Schwerfälligkeit begreifen, warum gerade die Sozialdemokratie einer Landtagsauflösung mit Seelenruhe entgegenblickt darf.

Oder rechnen die bürgerlichen Parteien auf die Wirkung des Müllerschen Masses, der nicht nur verschiedene Parteien, sondern auch die Aufstellung von Wahlvorschlügen dieser Parteien verbietet? Sie würden sich mit dieser Spekulation schneiden, denn erstens müßte, wo eine kommunistische Liste nicht vorläge, ein starker Teil kommunistischer Wähler für die Sozialdemokratie stimmen, weil sie von den Parteien die einzige ist, die sich erklärt und entschieden gegen diesen Wahlrechtsraub erhebt, und zweitens kann es nach der deutschen Reichsverfassung niemand verboten werden, Kommunisten auf eine Liste zu setzen und dem Volke diese

Liste zu empfehlen. Der Wahlrechtsraub kostet den bürgerlichen Parteien Stimmen, denn sie würden im kommenden Wahlkampf für jede Wahlrechtsbeeinträchtigung mitverantwortlich gemacht! Haben sie nicht dauernd ihr Einverständnis mit der Reichsregulativ gegen Sachsen erklärt? Haben sie nicht alle Uebergriffe der Militärdirktatur teils ruhig hingenommen, teils sogar begrüßt? Trotz all diesen Bergewaltungen herrscht auch in der demokratischen Presse das, was dort als die erste Bürgerpflicht angefohlen wird, nämlich Ruhe.

Dabei ist dieser Versuch, unter dem Deckmantel der Militärdirktatur einem beträchtlichen Bevölkerungsteil das Wahlrecht unmöglich zu machen, so ziemlich das Unerhörteste dessen, was wir seit dem Sozialistengesetz an Volkentreue erlebt haben! Reichlich 30 Jahre nach dem Falle jenes Ausnahmegesetzes, das auch nach Auslage konservativer Zeugen die ganze Entwicklung des Deutschland der Vorkriegszeit ungünstig beeinflusst hat, kommt in Dresden ein Wahlfiskus zur Welt, der über das Sozialistengesetz hinausgeht, als Bismarck den verfolgten Sozialdemokraten immerhin gestattete, sich für Parlamentssitzen ausstellen und wählen zu lassen. Der blasse Satiriker Saphir spottete einst: „Wenn einmal die Welt untergehen sollte, so stehe ich nach Dresden. Dort passieren alle Dinge 30 Jahre später.“ Er hätte, wie Figura zeigt, hinzusetzen sollen: „Aber dann auch desto schlimmer und — — — Über brechen wir ab. Wozu die Weltgeschichte mit Verbalinjurien regalisieren, nachdem sie sich so oft gerechter erwiesen hat, als mancher im Moment des Unmuts denkt. Und wie selbst ein Bismarck über seine Volkrechte gertrampelnden Kürassierstiefel stolperte, so werden einige 30 Jahre danach auch Bismarcks Rodkreter über die Breißeine der Weltgeschichte purgeln.“

Wird das sächsische Volk von den bürgerlichen Parteien in einen Wahlkampf gezogen, so wird er von unfrer Seite geführt werden mit der Parole: Die Republik, Demokratie, Freiheit, Sozialismus — dort Unterbrückung, Verfassungsbruch, Willkür, Säbelherrschaft und kapitalistische Diktatur. Um den Ausgang dieses Kampfes ist uns nicht bange!

Die Einziehung der Steuern

Das Reichskabinett beschäftigte sich am Donnerstag mit der Frage, die Einziehung der auf Goldbasis gestellten Steuern zu forcieren. In Frage kommt neben der Einkommen- und Körperschaftsteuer für das Jahr 1923, auf die für je 1000 M. Steuerfuß des vergangenen Jahres 0,40 bzw. 0,90 M. nachzuschlagen sind, die Vermögenssteuer für das Jahr 1924. Sie wird ganz auf Gold gestellt und nach dem gemeinen Wert berechnet. Von Bedeutung ist, daß bei Wertpapieren der wirkliche Kurswert errechnet wird. Der Tarif wird durchschnittlich 5 vom Tausend vor. Der Satz ermäßigt sich jedoch bei Vermögen unter 50 000 Goldmark auf 4 v. T. und bei Vermögen unter 25 000 Goldmark auf 3 v. T. Bei Vermögen über 100 000 Goldmark sollen Zuschläge in Höhe von 20 bis 60 Prozent der Steuer berechnet werden. Die Regelung der Einkommensteuer erfolgt im Anschluß an die Vermögenssteuer in Form von Zuschlägen. Sie betragen für die Landwirtschaft eine Goldmark pro 1000 M. des Vermögenswertes pro Quartal, bei Handel und Gewerbe 2 Prozent der Roherlöse, abzüglich der gezahlten Löhne und Gehälter. Freie Berufe zahlen von ihren Einnahmen, die über die Werbungskosten hinausgehen, 10 und 20 Prozent, wenn diese mehr als 6000 Goldmark betragen. Die Kapitalertragsteuer soll wieder mit 10 Prozent erhoben werden. Die Weinsteuern, die wie Verkehrs- und Verbrauchssteuern auf Gold gestellt wird, ist auf 20 Prozent des Kleinhandelspreises, abzüglich 5 Prozent für die Gemeinden, festgesetzt worden. Der Lohnabzug für die Arbeitnehmer ist beibehalten worden. Er ermäßigt sich nach der Kinderzahl und steht eine Freigrenze bis höchstens 10 Goldmark vor.

Die Mietzinssteuer soll die durch Nichtaufwertung von Hypotheken und Obligationen gesteigerte Leistungsfähigkeit des immobilien Besitzes steuerlich unter allen Umständen nutzbar machen. Jedoch will sich die Regierung darauf beschränken, Höchst- bzw. Mindestsätze festzusetzen, und die weitere Regelung den Länden- und Gemeinden überlassen.

Der Unterschluß der Hitlerbünde

München, 13. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Der Schlüssel zum Verständnis der bayerischen Politik der letzten Jahre liegt in der Kenntnis der sogenannten bayerischen Bewegung, auf deren Pflege die ganze Ordnungsgeselle Bayern aufgebaut war. Dadurch ist aber diese Bewegung so stark geworden, daß sie zum Staat im Staate wurde und die politische Alleinherrschaft der bayerischen Volkspartei zu untergraben drohte. Diese Gefahr ist trotz den durch den Sturz vom 8. November herbeigeführten Maßnahmen der bayerischen Regierungsgewaltigen immer noch vorhanden, weil die bayerische Volkspartei nicht den Mut zu entscheidenden Entschlüssen gefunden hat. Es ist kein Geheimnis, daß sich an Stelle der verbotenen Organisation des Kampfbundes andre Bünde im geheimen aufgetan haben, über deren Streben und Ziel niemand sich einem Zweifel hingeben kann. Vor allem ist der von der bayerischen Volkspartei großgezogene bayerische Bund „Wahern und Reich“ ein großartiger Unterschluß für die Hit-

glieder der aufgelösten Hitlerbünde geworden. Im Eileman, dem Hauptquartier der bayerischen Volkspartei, ist das schon so weit gediehen, daß der dortige Bund „Wahern und Reich“ eine politische Partei geworden ist, deren Haupttätigkeit im Kampf gegen die bayerische Volkspartei besteht. Das geschieht in Versammlungen und Flugblättern, wobei gewisse Jugenderzieher des Rosenheimer Gymnasiums als Vorstandsmitglieder im Bund „Wahern und Reich“ eine Hauptrolle in der Pflege des Hitler-Geistes spielen. Die Ortsgruppe Rosenheim hat sich auch offen geweiht, sich zu Scherngen gegen die Kameraden vom Kampfbund herzugeben, d. h. sich als Rotpolizei von der bayerischen Regierung gebrauchen zu lassen. Nachdem nun der Innenminister Dr. Schwere weiterhin keines Amtes walten darf und zu diesem Zweck in seiner Rede am 7. Dezember im Landtage die programmatische Forderung aufgestellt hat, die bayerische Bewegung müsse sich frei von parteipolitischen Einflüssen dem Staat zur Verfügung stellen, ist un schwer zu erkennen, daß über kurz oder lang aus dieser inneren Spannung neue Verwicklungen zu ergeben müssen.

Die Arbeiterpartei gegen Koalition

London, 12. Dezember. In der unter dem Vorsitz Ramsfay Macdonalds abgehaltenen Zusammenkunft des Vollzugsrates der Arbeiterpartei wurde eine Entschließung angenommen, in der Befriedigung darüber kundgegeben wird, daß die parlamentarische Arbeiterpartei weiterhin die offizielle Opposition im Unterhaus sei. Es wird weiter die Ansicht geäußert, daß, sollte sich die Notwendigkeit der Bildung einer Arbeiterregierung ergeben, die parlamentarische Arbeiterpartei sofort volle Verantwortung für die Regierung des Landes übernehmen müsse, ohne sich durch irgendeine Form von Koalition bloßzustellen. Der Vollzugsrat ersucht angesichts der kritischen parlamentarischen Lage, die das Land in baldige Neuwahlen zu verwickeln könne, Henderson und den Stab des Hauptquartiers der Partei, alle Vorkehrungen für die nächste Wahl zu treffen, die die bedeutendste in der Geschichte der Partei sein werde.

Auch der Generalrat des Gewerkschafts Kongresses hatte eine Entschließung angenommen, in der die Ansicht, daß die Arbeiterpartei die Verantwortung der Regierung ohne Eintritt in irgendeine Koalition übernehmen müsse, gebilligt wird.

London, 13. Dezember. Nachdem zwischen dem Vollzugsrat der Arbeiterpartei und dem Generalrat des Gewerkschafts Kongresses die zukünftige Politik erörtert worden war, bielten die Führer eine Sitzung ab, um die Frage eines taktischen Zusammenwirkens mit den Liberalen zu erörtern. Star erklärte, während kein die Grundfrage berührendes Kompromiß zwischen der Arbeiterpartei und den Liberalen möglich sei oder gewünscht werde, seien die Aussichten einer auf den Sturz der Regierung abzielenden Vereinbarung, etwa während der Debatte über die Antwort auf die Thronrede, günstig.

Ramsfay Macdonald wurde von der Konferenz das Vertrauen ausgesprochen. Zugleich wurde geordert, die Regierung um eine sofortige öffentliche Erklärung über die Regierungsbildung zu ersuchen. Star nennt diese zweite Entschließung den ersten Schritt der Partei, der auf die Regierung abgefeuert werde. Die Stellung des Kabinetts Baldwin wird dadurch unbestimmt.